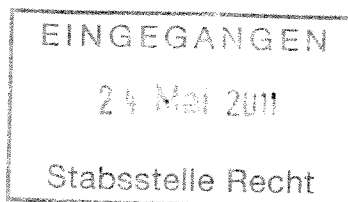




Pascal Kober

Mitglied des Deutschen Bundestages
Obmann im Ausschuss für Arbeit und Soziales

Pascal Kober, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin



+49 30 227 72764
+49 30 227 76724
Platz der Republik 1
11011 Berlin
pascal.kober@bundestag.de

„Integration durch Arbeit“ im Deutschen
Caritasverband e.V.
Herrn Heinz-Josef Kessmann
Karlstraße 40

79104 Freiburg im Breisgau

Berlin, 23. Mai 2011

Sehr geehrter Herr Kessmann,

vielen Dank für Ihr Schreiben zur Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente vom 5. April, auf das ich Ihnen gerne antworten möchte.

Seit kurzem liegt uns neben den Eckpunkten des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales auch der Referentenentwurf zur Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente vor. Es freut mich, dass Sie die Intention, die hinter dem Entwurf steht, die Steigerung von Dezentralität und mehr Flexibilität in den Jobcentern vor Ort, positiv sehen. Ein Ziel der Reform ist für uns, die Instrumente übersichtlicher und zielgenauer einsetzbar zu machen. Die besten Instrumente nutzen uns nichts, wenn sie nicht richtig eingesetzt werden.

Die FDP sieht manche Vorschläge in den Eckpunkten auch noch sehr skeptisch. Die Einführung der neuen Fördervoraussetzungen wie Zusätzlichkeit, öffentliches Interesse und Wettbewerbsneutralität halten wir nicht für zielführend, da der Vorteil des § 16e als einer Art Kombilohninstrument in seiner Marktnähe liegt. Es ist daher, wie Sie auch zu Recht ausführen, nicht hilfreich, wenn oftmals sinnlose Tätigkeiten durchgeführt werden. Wenn zudem, wie bisher, nur mit maximal 75% Förderung für den Träger gerechnet werden kann, ist die Frage, wie bei Marktförne die restlichen 25% erwirtschaftet werden können. Ich sehe die Aufgabe des § 16d darin, den Menschen wieder die Grundfähigkeiten für die Teilnahme am Erwerbsleben zu vermitteln. Der § 16e hat dann das Ziel, eine bestimmte Gruppe mittel- und langfristig wieder an den ersten Arbeitsmarkt heranzuführen. Daher sollte in regelmäßigen Abständen auch die Erwerbsfähigkeit der Personen, die nach § 16e gefördert werden, überprüft werden.

Statt der gesetzlichen Festsetzung der neuen Fördervoraussetzungen halte ich eine Subsidiaritätsklausel für sinnvoll. Dabei sollen lokale Runde Tische die Einsatzfelder definieren, in denen öffentlich geförderte Beschäftigung stattfinden kann. Positive Beispiele, wie so etwas funktionieren kann, gibt es bereits beispielsweise in Heilbronn oder Heidenheim.

Die Bindung an das SGB III, in dem dieses als Referenzgesetz für das SGB II festgelegt ist, halte ich auch für diskussionswürdig.



Pascal Kober

Mitglied des Deutschen Bundestages

Sie können versichert sein, dass ich mich in diesem Sinne in den weiteren Prozess aktiv einbringen werde, da mir die Teilhabechancen für langzeitarbeitslose Menschen ein sehr wichtiges Anliegen sind. Ich freue mich auf den weiteren Austausch zu diesem Thema mit Ihnen.

Mit freundlichen Grüßen

Pascal Kober MdB